



Nueva Nicaragua Informe

20. Jahrgang

Juli 2023

Nr. 231

Nicaragua: Die FSLN feiert und verteidigt die Revolution

Wolfgang Herrmann

Am 19. Juli 1979 feierte die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) gemeinsam mit dem nicaraguanischen Volk den Sieg über die Somoza-Diktatur. Der 19. Juli ist in Nicaragua Nationalfeiertag. Viermal nahm ich an diesem Ereignis teil, das letzte mal 1988 in Juigalpa. Die Lage war äußerst angespannt. Der Contra-Krieg und das Wirtschaftsembargo der USA ruinierten das Land. 1987 hatte die sowjetische Führung ihre helfende Hand von Nicaragua zurückgezogen. Die FSLN war gezwungen, 1988 mit dem Contra-Direktorium in Sapoa zu verhandeln. Mütter klagten die Nationalleitung der FSLN an, weil diese mit den Mördern ihrer Söhne sprach.



Der revolutionäre Aufschwung in den 1970er Jahren führte in Mittelamerika nicht nur zum Sieg der Revolution in Nicaragua. In El Salvador, Guatemala und Honduras strebten Guerillabewegungen nach tiefgreifenden Veränderungen in ihren Gesellschaften. In diese Entwicklung griff der US-Imperialismus in Gestalt der Reagan-Regierung mit schärferer politischer, ideologischer, wirtschaftlicher und militärischer Präsenz ein. Der Contra-Krieg wütete in Nicaragua und erschütterte die gesamte Region. Die zentralamerikanischen Regierungen kamen zum Schluss, dass der Krieg und seine Schäden nicht mehr tragbar waren und dass eine Einigung trotz der politisch-ideologischen Differenzen erzielt werden musste.

Am 7. August 1987 unterzeichneten die Präsidenten in Guatemala das Friedensabkommen Esquipulas II. Es bekräftigte den Willen ihrer Völker, den Krieg zu überwinden und den Frieden zurückzugewinnen. Nach dem Sapoa-Abkommen von 1988 in Nicaragua kam es 1992 in El Salvador zwischen den Guerillas der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und der Regierung sowie 1996 in Guatemala zwischen der Nationalen Revolutionären Einheit (URNG) und der Regierung zu Friedensabkommen. Esquipulas II stärkte das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) und schuf das Zentralamerikanische Parlament (PARLACEN).

Am Verhandlungstisch mit dem Contra-Direktorium ging die FSLN auf die Forderung ein, 1990 vorgezogene Wahlen durchzuführen. In Esquipulas sagte Comandante Daniel Ortega zu Oscar Arias, dem Präsidenten Costa Ricas: „Wenn wir jetzt Wahlen durchführen, werden wir sie verlieren.“ Arias erwiderte: „Wenn ihr jetzt keine Wahlen durchführt, verliert ihr alles. Wahlen könnt ihr wieder gewinnen.“ Die Geschichte bestätigte die Worte. Die FSLN bezahlte ihre Verhandlungsbereitschaft von Esquipulas und Sapoa mit der Wahlniederlage. Damals sagte Contra-Comandante Israel Galeano (Franklin) zu Comandante Daniel Ortega: „Die Oligarchie stürzte Somoza mit eurer Hilfe und euch stürzte sie mit unserer Hilfe. Nicht ihr Sandinisten, nicht wir Contras gewannen, es gewann immer die Oligarchie.“

Die FSLN beendete im Mai 1991 ihren Status als politisch-militärische Organisation und konstituierte sich als politische Partei. Nach einem kräfteaubenden Prozess trennt sie sich von den Renegaten der „sandinistischen Erneuerung“ und verabschiedete 2002 ein neues Programm. Im November 2006 gewann die FSLN die Wahlen und kehrte an die Regierung zurück.

Die FSLN trat in die zweite Etappe der Revolution ein. Ihre Regierung stellte die internationalen Beziehungen zu Kuba und Venezuela wieder her, schloss sich ALBA-TCP an, führte eine Reihe tiefgreifender Reformen durch, ging

mit den Gewerkschaften und dem Unternehmerverband COSEP das Troika-Bündnis ein und nahm das Projekt des Interozeanischen Kanals auf. Im April 2018 hofften die USA-Regierung und die nicaraguanische Oligarchie, die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der sandinistischen Volksrevolution zerstören zu können. Ihr Putschversuch scheiterte, kostete jedoch 253 Menschenleben und fügte der Wirtschaft Schäden in Milliardenhöhe zu. Ein Jahr später verwüsteten innerhalb von drei Wochen zwei Hurrikans den Norden der Karibikküstenregion. Nicaragua litt wie die ganze Welt unter den Folgen der internationalen Wirtschaftskrisen und der Corona-Pandemie.

Trotz alledem ging die FSLN auf ihrem Weg unbeirrt weiter. Sie behandelte die putschbereiten Neo-Contras zunächst äußerst human. Die Regierung beschloss eine Generalamnestie und schlug den Allianzen der außerparlamentarischen Opposition vor, sich an den Wahlen 2021 zu beteiligen. Der Putsch-Clan inszenierte stattdessen, instruiert und finanziert von Washington, eine kolossale Lügenkampagne, um das Land zu destabilisieren. Die Gelder wurden über US-Institutionen kanalisiert. Allein die USAID steuerte von 2014 bis 2021 mehr als 315 Millionen US-Dollar bei. Die größte Empfängerin war die Stiftung „Violeta Barrios de Chamorro“, die von Cristiana Chamorro, der Tochter der Ex-Präsidentin Nicaraguas (1990 bis 1996), geleitet wurde. Ihr Bruder Carlos Fernando Chamorro, finanzierte sein „Online-Confidencial“ mit US-Dollar, die über die Chamorro-Stiftung flossen.

Im Wahljahr 2021 rollte die Lügenwelle vom Ausschluss 46 „aussichtsreicher Präsidentschaftskandidaten“ um den Planeten. Keine der traditionellen Oppositionsparteien war bereit, eine oder einen dieser „aussichtsreichen Kandidaten“ in ihre Vorschlagsliste aufzunehmen. Aufgrund unterschiedlicher Interessen gelang es der Zivilallianz und der Blauweißen Allianz nicht, eigene Parteien zu gründen oder ein Wahlbündnis zu bilden. Erst nach Ablauf der Bewerbungsfrist entschieden die Rechtsorgane Nicaraguas, den Störenfrieden wegen Geldwäsche, Unruhestiftung und Bittgesuchen an die US-Regierung, in Nicaragua einzumarschieren, den Prozess zu machen.

Die FSLN und mit ihr Comandante Daniel Ortega müssen alles richtig gemacht haben. Im November 2021 gewannen sie die Präsidentschaftswahlen und bei den Kommunalwahlen im vergangenen November alle 153 Bürgermeisterämter des Landes. Am 9. Februar 2023 entließen die nicaraguanischen Behörden 222 Verurteilte aus der Haft und schoben sie in die USA ab. Ihnen und weiteren 94 Personen, die sich ihrer Verhaftung durch Flucht ins Ausland entzogen hatten, wurde die nicaraguanische Staatsbürgerschaft wegen Landesverrat aberkannt. Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßte die

Entscheidung. In einer Umfrage bescheinigten 72 Prozent der Nicaraguaner/innen der Regierung und den Rechtsorganen eine gute Arbeit.

Die Weltbank, die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration, die UNESCO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und die Panamerikanische Gesundheitsorganisation erkennen die Erfolge Nicaraguas an. Das Land hat das fortschrittlichste System der autonomen Regierung für indigene und afro-stämmige Völker in der Hemisphäre geschaffen. Es verfügt über das beste und modernste öffentliche Gesundheitssystem in Mittelamerika. Es führt in Amerika in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Leben. Das Land ist dank einer radikalen Demokratisierung seines landwirtschaftlichen und fischwirtschaftlichen Produktionssystems praktisch autark in der Lebensmittelproduktion. Es hat das beste Straßennetz in Mittelamerika. Sein innovatives Bildungssystem genießt in Lateinamerika hohes Ansehen. Internationale Finanzinstitute stufen das Land als einen der effizientesten Nutzer ihrer Entwicklungskreditportfolios ein. Nicaraguas Diversifizierung hin zu erneuerbaren Energien gehört zu den am weitesten fortgeschrittenen in der Region. Und das Land ist das sicherste in Mittelamerika.

Die Wirklichkeit ist eine gute Ratgeberin. Die Fortschritte des Landes erklären das Scheitern des Putsches im Jahre 2018. Die Bevölkerung erlebte drei Monate lang Terrorismus. Sie konnte die Lügen der Putschisten mit der Wirklichkeit vergleichen. Die nicaraguanische Regierung und die Behörden waren klug genug, um darauf zu vertrauen. Heute lebt das Land in Frieden, es blickt optimistisch in die Zukunft. Vorläufig droht keine böswillige Bedrohung durch einen weiteren zerstörerischen Putschversuch.

Der Nimbus der angeblich immer siegreichen nicaraguanischen Oligarchie ist vorerst gebrochen. Das „Direktorium der Neo-Contras“ sitzt jetzt in Washington. Die Abschiebung der Putschisten hat einen wichtigen Aspekt: Die Maßnahme macht es den USA und ihren Verbündeten praktisch unmöglich, eine Parallelregierung zu bilden, wie sie es mit dem Usurpator Juan Guaidó in Venezuela taten. Sie sind zurzeit nicht in der Lage, eine neue Putschstrategie in Nicaragua zu inszenieren.

Die FSLN und mit ihr Comandante Daniel Ortega müssen keine Opposition der Welt fürchten. Die Wirklichkeit rät ihnen jedoch, angesichts der Absichten der Oligarchie und deren mächtigen Freunde in den USA und Europa, wachsam zu bleiben. Sie haben in vielen historischen Situationen von Esquipulas II bis heute bewiesen, dass sie dialog- und kompromissbereit sind. Sie sind aber nicht bereit, nach den Pfeifen der USA und der EU zu tanzen. Ist es

nicht so, dass die FSLN und Ortega eine tolle Bilanz ziehen können, weil sie der einheimischen Oligarchie und deren nordamerikanischen und europäischen Freunden aufzeigten, dass diese Dialog- und Kompromissbereitschaft nicht grenzenlos ist?

Am 19. Juli 2023 wird die FSLN mit der Mehrheit des nicaraguanischen Volkes die Verteidigung ihrer Revolution feiern. Die Botschaft an die Neo-Contras lautet jedoch: „Ihr konntet nicht! Ihr werdet nicht können! Wir schreiten immer weiter...“

44. Jahrestag des Taktischen Rückzugs

Jairo Cajina, El 19 digital



Am 27. Juni 1979 zogen Tausende Sandinisten und Anhänger von Managua nach Masaya, wo sie sich mit anderen bewaffneten Volkskräften vereinten und den Ring um Managua schlossen. Am 29. Juni 1979 übernahm die FSLN die Kontrolle über die nähere Umgebung der Hauptstadt. Der Nationalgarde gelang nur noch unter großen Verlusten ein Ausbruch aus dem Ring. Am 19. Juli 1979 siegte die Sandinistische Volksrevolution. Wie jedes Jahr feierten die Einwohner der verschiedenen Gemeinden Managuas das Epos des Taktischen Rückzugs.

Irans Präsident Raisi in Nicaragua

El 19 digital



Der iranische Präsident Seyed Ebrahim Raisi besuchte Venezuela, Nicaragua und Kuba, um die bilateralen Beziehungen mit lateinamerikanischen Ländern zu festigen und das Niveau der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu erhöhen. Der iranische Präsident und seine Kollegen in Nicaragua, Venezuela und Kuba verurteilten die gegen sie verhängten Sanktionen und versprachen, gemeinsam an deren Überwindung zu arbeiten. Die vier Länder, die für ihre antihegemoniale und antiimperialistische Haltung bekannt sind, sind der Einmischung und einem harten Sanktionsregime der Vereinigten Staaten ausgesetzt.

Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit sind Prinzipien, die die islamische und die sandinistische Revolution gemeinsam haben, erklärte Ebrahim Raisi in Nicaragua. Er würdigte die Helden und Märtyrer sowie das kämpferische Volk Nicaraguas. Er erinnerte daran, dass die Islamische Revolution im Iran im Februar 1979 triumphierte und dass sie mit dem Triumph der Sandinistischen Revolution in Nicaragua zusammenfiel. Der Kampf und die Bemühungen beider Völker während dieser Revolutionen haben sicherlich die Entwicklung der Regionen beeinflusst. „Unser Volk kennt die Kämpfe, die Bemühungen und Bewegungen des nicaraguanischen Volkes sehr gut. Sie haben gegen die illegitimen Forderungen und Wünsche des Imperialismus gekämpft und gesiegt.“

Der Präsident der Islamischen Republik Iran erklärte weiter, dass das System der Islamischen Republik Iran ein demokratisches System sei: „In den 44 Jahren der Existenz der Islamischen Republik Iran war es immer die Volksabstimmung, die über die Macht entschieden hat.“

Er fügte hinzu: „Diejenigen im Westen und in den Vereinigten Staaten, die behaupten, demokratisch zu sein und die Demokratie zu verteidigen, handeln umgekehrt und respektieren Länder und Regierungen nicht, die immer mit der Volksstimme ihrer Völker gewählt wurden. Sie lügen mit ihren Ansprüchen der Demokratie und Menschenrechte.“ Er erinnerte an die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Teilen der Welt, die von den Nordamerikanern und dem Weltimperialismus begangen wurden. Präsident Raisi wies darauf hin, dass der Feind die revolutionären Völker täuschen will, aber die Völker müssen wissen, dass die neue Weltordnung, die sich bildet, zugunsten des Widerstands der Völker geformt wird.

Zum Abschluss des Besuchs wurden wichtige Vereinbarungen bekannt gegeben. Comandante Daniel wies darauf hin, dass es unter den Abkommen drei Memoranden gebe, die die wirtschaftliche, kommerzielle Zusammenarbeit und den wissenschaftlich-technischen Austausch zwischen den Regierungen der Republik Nicaragua und der Islamischen Republik Iran beinhalten. „Alle Themen, die wir besprochen haben, waren Tagesordnungspunkte der bilateralen Treffen. Wir sind in allen Fragen vorangekommen.“

Das erste Memorandum hat mit der Schaffung der Gemischten Zwischenstaatlichen Kommission für wirtschaftliche und kommerzielle Zusammenarbeit und wissenschaftlich-technischen Austausch zu tun. Ein zweites Memorandum betrifft die Frage der Befugnisse der Justiz, d.h. des Obersten Gerichtshofs der Republik Iran und des Obersten Gerichtshofs der Republik Nicaragua. Im dritten Memorandum geht es um Arzneimittel und Labormedikamente, medizinische Geräte und Hilfsgüter sowie um die medizinische Ausbildung. Ortega betonte auch, dass ein Protokoll ausgearbeitet wurde, um Informationen auszutauschen und den Weg aufzuzeigen, der die Aufnahme von Beziehungen zwischen Iran und Nicaragua im Rahmen eines Freihandelsabkommens ermöglichen würde.

Die First Lady des Iran besuchte den Kulturpalast von Nicaragua. Sie stellte unter anderem das Buch „Zelle Nummer 14“ vor. Es ist eines der fast 100 Bücher, die der oberste Führer Ali Khamenei geschrieben hat. (Am 4. Juni 1989, einen Tag nach dem Tode Chomeinis, wählte der Expertenrat Khamenei überraschend zum neuen Revolutionsführer.)

Das Projekt „Puerto Gaspar García Laviana“

Alejandro Flores, El 19 digital. Fotos: CCC J. Cajina



Die Regierung von Nicaragua stellte über den Nationalen Hafenbetrieb (EPN) das Projekt „Puerto Gaspar García Laviana Moyogalpa–Ometepe 2023“ im Departement Rivas vor. Virgilio Silva, der Geschäftsführer des EPN sagte: „Die geschätzten Kosten liegen bei fast 2 Millionen US-Dollar. Wir haben die Ressourcen, um die Investition sofort zu tätigen...“

Das Projekt umfasst den Bau eines Hafenterminals mit Restaurants. „Wir wollen einen Wohnbereich schaffen, den es im Hafen nicht gibt, und nach den Analysen, die wir mit der Bevölkerung durchgeführt haben, wollen sie Apotheken, Restaurants und einen Ort der Unterhaltung für Touristen und die Bevölkerung dieses Ortes.“

Als erstes werden drei Rampen und dann das Gebäude gebaut. Hinzu kommen Passagierterminal, Parkplätze und Anlegeplätze für die Fähren. Es werden Kioske, eine Cafeteria, eine Ausleihstation von Motorrädern, ein Geschäft für Angelausrüstungen sowie ein Kunstgewerbeladen gebaut.

Der Geschäftsführer des EPN sagte weiter, dass sie in der zweiten Phase des Projekts gastronomische Kioske, Restaurants, Kinderspielflächen, ein Denkmal für die Geschichte der Ureinwohner der Insel Ometepe und einen Aussichtsleuchtturm bauen werden.

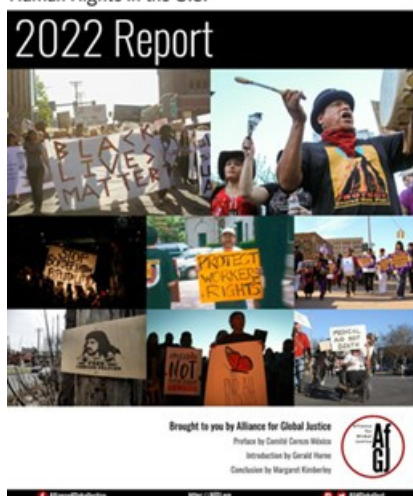
Silva betonte, dass die Bevölkerung das Projekt verlangt habe. „In Moyogalpa leben 15.000 Einwohner und in Altagracia 30.000 Einwohner... Die Landwirtschaft hat sich rasant entwickelt. In dieser Gegend werden große Mengen Bananen produziert, die nicht nur für den Inlandsverbrauch, sondern auch für den Export bestimmt sind. Es ist ein sehr fruchtbarer Landstrich. Es werden Mais, Wassermelonen, Tabak und Avocados angebaut. Alle Grundnahrungsmittel werden dort verbraucht. Öl wird zum Kochen verwendet. Reis, Bohnen, Zucker werden für die Bevölkerung und auch für die Versorgung von Touristen, die dorthin kommen, benötigt.“

Den Statistiken zufolge sind täglich 1.200 Menschen beruflich unterwegs. Sie pendeln zwischen der Insel nach San Jorge und Rivas. Jährlich bereisen 61.200 Touristen die Insel Ometepe. Und es werden mehr werden, wenn das Projekt fertiggestellt ist.

AFGJ fordert Gerechtigkeit für Nicaragua

Diario Barricada

Human Rights in the U.S.



Alliance for Global Justice (AFGJ) ist eine in den USA ansässige Menschenrechtsorganisation. Sie fordert Gerechtigkeit für Nicaragua und ein Ende der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen der USA.

Im Juni dieses Jahres befand das Internationale Volkstribunal gegen den US-Imperialismus die USA für schuldig, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, darunter einen ungerechtfertigten Krieg gegen das Volk und die souveräne Nation Nicaraguas.

Der Volksgerichtshof gegen den US-Imperialismus schlussfolgerte, dass das Vorgehen der USA gegenüber Nicaragua, insbesondere die Versuche, einen illegalen Regimewechsel herbeizuführen, schwerwiegende und anhaltende

Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte des nicaraguanischen Volkes darstellen und illegale Übergriffe auf einen souveränen Staat sind.

AFGJ schloss sich dem Aufruf an, die Angriffe gegen Nicaragua zu stoppen. AFGJ-Mitarbeiter zitierten aus ihrem Dokument „Menschenrechte in den Vereinigten Staaten: Bericht 2022“, in dem die anhaltenden Akte der Unterdrückung und des Völkermords der Vereinigten Staaten an ihren eigenen Bürgern sowie ihre Angriffe gegen Nicaragua und andere Nationen aufgedeckt werden. Während des Tribunals sagte Dr. Alba Luz Ramos, Präsidentin des Obersten Gerichtshofs Nicaraguas zu den ungerechten Handlungen der Vereinigten Staaten, darunter Sanktionen und Embargos, militärische Angriffe und andere Handlungen, die darauf abzielten, ihr Land zu destabilisieren, aus. Dr. Ramos verurteilte auch den von den USA angeführten Putschversuch gegen die nicaraguanische Regierung. Das Tribunal hörte weitere nicaraguanische Bürger, die über ihre Inhaftierung, Folter und Verstümmelung durch die Putschisten ausführlich aussagten, an.

Die Herausgeberin des AFGJ-Berichts, Natalia Burdyńska-Schuurman, kommentierte: „Die Sanktionen gegen Nicaragua wurden 1985 von der Reagan-Regierung verhängt und stellten einen Akt wirtschaftlicher Kriegsführung dar. Die Sanktionen der 1980er Jahre führten zu chronischem Mangel an Grundbedürfnissen, Hyperinflation und wirtschaftlicher Destabilisierung. Sie trafen überproportional die ärmsten und am stärksten gefährdeten Menschen: Kinder, ältere Menschen und Kranke. Die Sanktionen verursachten Armut und soziale Unruhen. Die aktuellen Sanktionen haben die Entwicklung verlangsamt und die Reaktion des Landes auf COVID-19 und die Bereitstellung von Hilfe nach Hurrikankatastrophen vor große Herausforderungen gestellt.“

Der Bericht bezieht sich auf umfassend dokumentierte und detaillierte Beschreibungen historischer und anhaltender Menschenrechtsverletzungen durch die Vereinigten Staaten, darunter außergerichtliche Hinrichtungen und Folter, unrechtmäßige Verhaftungen und Inhaftierungen in den USA. US-amerikanisches Strafverfolgungspersonal tötet jedes Jahr Tausende Menschen, die meisten davon unbewaffnet und überproportional viele Schwarze, Braune oder amerikanische Ureinwohner. Die USA inhaftieren den höchsten Anteil ihrer Bevölkerung von allen Nationen der Welt. Jedes Jahr sterben Tausende Menschen in US-Gefängnissen. Die Zahl und Häufigkeit der außergerichtlichen Tötungen durch die US-Regierung übersteigt bei weitem alle Berichte über ähnliche Verstöße der nicaraguanischen Regierung. Der

AFGJ-Bericht befasst sich mit den unfairen und rassistisch belasteten Auswirkungen der Inhaftierung und Hinrichtung seiner Bürger. Menschen mit dunkler Hautfarbe sind überproportional betroffen.

Politische Gefangene und Repression in den USA

Die USA fällen häufig politische Urteile gegen jeden, der sich Menschenrechtsverletzungen widersetzt, die unter ihrer Herrschaft stattfinden. Im Kapitel des Berichts zu politischer Ausrichtung und Unterdrückung untersucht unsere Analyse die Lage politischer Gefangener in den USA, die neue Massenwelle der politischen Inhaftierung antirassistischer Aktivisten und die Schnittstellen von Rassismus und Geschlecht. Danach werden diejenigen inhaftiert, die es wagen, Fairness, Gerechtigkeit und ein Ende der weißen Vorherrschaft zu fordern. In den USA gibt es derzeit etwa 120 politische Gefangene. Zwei Drittel davon farbige Menschen und 95 Prozent sind wegen antirassistischen Widerstands inhaftiert, darunter 84 Personen wegen ihrer Beteiligung an den Black-Lives-Matter-Aufständen 2014 und 2020. Angriffe der Regierung der USA auf die Demokratie, sowohl innerhalb als auch außerhalb der USA, sind allgegenwärtig. Der Bericht beschreibt die Entrechtung von Millionen amerikanischer Bürger. Die USA exportieren ihre „Sicherheitskultur“ und alle ihre repressiven Methoden und Taktiken auch in andere Nationen.

Burdyńska-Schuurman erklärte: „Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass die USA systematisch grundlegende Menschenrechte verletzen, wie sie von den Vereinten Nationen in ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 definiert wurden. Die Aktionen der USA schikanieren und bestrafen die armen Länder, die für eine Verbesserung kämpfen. Das ist abscheulich und nicht zu rechtfertigen. Die USA sollten sich besser darum kümmern, ihre eigenen Defizite anzugehen und aufhören, durch falsche Anschuldigungen, militärische Drohungen und Wirtschaftskriege mit Embargos und Sanktionen einen Regimewechsel in anderen Ländern herbeizuführen.“

Nicaragua auf der internationalen Bühne

Fabrizio Casari, Diario Barricada

Die Besuche des russischen Außenministers Lawrow und des Präsidenten der chinesischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit, Luo Zhaohui, haben Nicaragua erneut nachdrücklich in den Mittelpunkt des politischen und strategischen Tableaus Zentralamerikas gehoben. Seine Politik projiziert seine Rolle auf der breiteren internationalen Bühne.

Es gibt die wirtschaftlich-kommerzielle und die politische Sphäre. Bei der Analyse der ersten sehen wir, wie beide Länder neue und wichtige Handelsabkommen mit Managua vereinbarten. Der Kurs der nicaraguanischen Regierung verbessert kurz- und mittelfristig die Aussichten für die nationale Wirtschaftsentwicklung. Tatsächlich wird sich das Echo dieser Vereinbarungen in höherer Produktivität, mehr Arbeitsplätzen und einer größeren Beteiligung von ausländischem Kapital zeigen, das in die Wirtschaft des Landes fließt. Handelsabkommen mit Russland und China beflügeln die Dynamik der nicaraguanischen Wirtschaft. Im Bauwesen, bei der Energie, der Atomenergie für friedliche Zwecke, der Verteidigung und dem Tourismus ging es voran. Der Export von landwirtschaftlichen und Fischereierzeugnissen sowie der Import von Weizen, LKW und Bussen, Düngemitteln und Pharmazeutika nahmen zu.

In der zweiten Sphäre zeigt sich, dass Nicaragua politisch die Idee der Zusammenarbeit, Unterstützung und des Imports/Exports der beiden eurasischen Giganten teilt. Die generelle Idee der Beziehung ist, dass es keine Grenzen für Handelsbeziehungen zwischen Ländern gibt, die nach dem Prinzip des gegenseitigen Respekts und der Anerkennung von Werten agieren. Die Basis der Beziehung besteht darin, auf gegenseitige Bedürfnisse einzugehen. Die Modalitäten, nach denen die Zusammenarbeit, auch bei Kreditlinien, erfolgt, dürfen auf keinem Fall die Einmischung in die Durchführung der Wirtschaftspolitik des einen gegenüber dem anderen vorsehen. Die Handelsbeziehungen zwischen Managua und Peking wurden im TCL-Abkommen systematisiert, das nun Gestalt annimmt. Als Krönung des Abkommens wird Nicaraguas in die globale „Belt and Road“-Initiative eintreten, die als das größte jemals geplante internationale Infrastrukturprojekt gilt.

Aus strategischer Sicht wäre der Beitritt Nicaraguas zu BRICS+ ein außerordentlicher Erfolg. Die ursprüngliche BRICS-Organisation war sehr bedeutsam. Sie reicht aber heute nicht mehr für Mitgliedschaftsanträge weiterer

Länder aus. Argentinien, Iran und Algerien haben ihre Beitrittsanträge formuliert und es wird davon ausgegangen, dass Saudi-Arabien, Ägypten, Senegal, Nigeria, die Türkei, Indonesien und weitere Länder ebenfalls beitreten könnten. Viele Regierungen haben das Bedürfnis, der Diktatur des US-Dollars und den Einmischungen, Drohungen und Sanktionen der USA, die jedes nationale und regionale Wachstum als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung ihrer Dominanz erdrücken, zu entkommen.

In diesem Sinne steht die Beitrittsentscheidung Nicaraguas in einem internationalen Kontext mit großen Perspektiven, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die BRICS von heute sind das Bekenntnis der neuen Welt, die alte abzulösen. Diese Bewegung betrachtet die wirtschaftliche Entwicklung als wirksames Gegenmittel auf den Ausschluss ganzer Gebiete des Planeten aus der Weltwirtschaft. Das löst Konflikte mit den USA und der EU aus, die den Planeten als ihre vergrößerte Kolonie betrachten. Die heftige Hypothek auf das freie Wirtschaftswachstum jedes Landes, sabotiert durch einseitige und unrechtmäßige Sanktionen und Embargos der USA und der EU, betrifft 35 Länder und 72 Prozent der Weltbevölkerung. Das ist eine unhaltbare Situation. Die Weltwirtschaft darf nicht erstickt werden, um das quälende US-Raubtiermodell und die unipolare Vorherrschaft zu schützen.

Die Dollareinlagen der strategischen Reserven vieler Länder könnten schrittweise modifiziert werden, angesichts der Leichtigkeit, mit der Washingtons politische Entscheidungen den Diebstahl staatlicher Gelder aus Ländern erlauben, mit denen die USA und die EU im Konflikt stehen. BRICS könnte der Diktatur des Dollars gegen Länder, die den Wünschen der USA nicht nachgeben, als Knüppel entgegenwirken, indem die Verbreitung der US-Währung auf dem Handelsmarkt verringert und die gleichen Parameter wie in Bretton Woods festgelegt werden. Die Indizes, auf deren Grundlage Brent (Öl-Realtimekurs) konzipiert wurde, sind anachronistisch und haben eine negative Funktion für das Weltwirtschaftswachstum.

Daher konzipiert BRICS sowohl Handel als auch Kredit durch Zahlung in den jeweiligen Währungen. Die seit 2021 operative Neue Entwicklungsbank von BRICS kann die Weltbank und den IWF im internationalen Kreditmanagement schrittweise ersetzen. Der Swift-Code könnte zugunsten anderer Instrumente, aber gleichgültig gegenüber der politischen Verwaltung Washingtons und seiner Lizenzgebühren, verschwinden. Die Auswirkungen all dieser Veränderungen auf die US-Wirtschaft werden verheerend sein und das Ende von Washingtons Weltführerschaft bedeuten.

Mit dem Beitritt zu BRICS+ verbindet Managua Wirtschaftswachstum und strategische Unabhängigkeit. Die Festigung der Handelsabkommen hat den Vorteil, Nicaraguas Exportkundenportfolio zu differenzieren und es so dem Land zu ermöglichen, den immer möglichen Schwankungen in der Nachfrage zu begegnen. Außerdem wick das Land eventuellen Handelsbeschränkungen und neuen Sanktionen, die von den USA und ihrem kolonialen Bauchredner, der EU, verhängt werden könnten, aus.

Der Beitritt zur „Belt and Road“-Initiative und der BRICS+ eröffnet ein neues Kapitel für das Land. Gestärkt durch seine Mitgliedschaft in Konsortien von weltweiter Bedeutung, erhält es eine völlig andere Projektion als vor 2006. Während die Beibehaltung und Stärkung seines produktiven Modells auf der Basis der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Familienwirtschaften das gleichbleibende Wirtschaftswachstum garantieren, ist eine wesentliche Veränderung in ihrer politischen und finanziellen Dimension, die sich sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene widerspiegelt, zu beobachten. Nicaragua ist ein Kandidat für einen herausragenden Platz im regionalen Gleichgewicht und für eine führende Rolle in der kontinentalen Gruppe.

Der politische Aspekt, der die Unterzeichnung der Abkommen umfasst und ihnen zugrunde liegt, besteht darin, dass Nicaragua Teil eines internationalen Kontextes wird. Wir werden Zeugen eines Prozesses der Neuordnung der Weltordnung, die auf Multilateralismus basiert. Die Ära der US-Unipolarität, die 1989 begann, geht zu Ende. Der neue Rahmen ermöglicht Managua eine andere Beziehung zu seinen Nachbarn, zum Südkegel und sogar zu den USA. Der internationale Prozess der Neuausrichtung ist im Gange und Nicaragua beteiligt sich daran mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und mit der Stärke einer in den letzten 16 Jahren erworbenen politischen Glaubwürdigkeit.

Wenn die beiden Giganten politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kooperative Assoziierungsabkommen mit Nicaragua unterzeichnen, dann deshalb, weil das Land gezeigt hat, dass es ein auf dem Kontinent neues Maß an wirtschaftlicher und sozialer Effizienz erreicht hat und weil sein politisches Profil durch seine Kraft gefestigt wurde. Das Land reagierte auf die Destabilisierungsversuche von außerhalb und innerhalb des Landes und bekräftigte die Souveränität seines politischen und institutionellen Systems durch Konsens und Machtanwendung.

Die wirtschaftssoziale Politik und die institutionelle Dimension waren die Achsen des verfassungsmäßigen Vorgehens, das die Unabhängigkeit und nationale Souveränität Nicaraguas und seine Unempfindlichkeit gegenüber

Möglichkeiten der Annexion durch den Giganten des Nordens, wie sie von den nationalen Latifundien, der kirchlichen Hierarchie und den USA gewünscht wurde, sicherte.

Managuas eigenständige Außenpolitik wird in Ländern geschätzt, in denen die USA nicht mitregieren. Seine internationalen Beziehungen zu Ländern, die gegen Washington sind, waren ein Beispiel für andere lateinamerikanische Länder. Es überrascht nicht, dass Nicaragua aufgrund dieser politischen Dimension, das Ziel der US-Ambitionen ist, sein Territorium zu besetzen und sein politisches Gewicht zu beenden.

Ohne Angst oder Zögern glaubt Managua, seine internationalen Beziehungen zu allen aufbauen zu können, die an einem Dialog des Friedens und der Zusammenarbeit interessiert sind. Managua akzeptiert die Rolle der USA auf dem Kontinent. Es akzeptiert jedoch kein US-Veto, keine US-Blockade, keine Präsenz von Drittstaaten auf dem Kontinent. Managua stützt seine Optionen auf die strategischen Interessen Nicaraguas und nicht auf die der USA. Diese Position ist das historische Erbe des Sandinismus. Sie wird von den Feinden bekämpft und von den Freunden geschätzt. Es überrascht nicht, dass der russische Außenminister Lawrow erklärte, dass Moskau „Managuas Unterstützung bei der Förderung der Beziehungen zu lateinamerikanischen Integrationsorganisationen, insbesondere CELAC und SICA, sehr schätzt. All dies trägt verdientermaßen dazu bei, dass Lateinamerika ein effektives und einflussreiches Zentrum der entstehenden multipolaren Weltordnung wird“. Der chinesische Außenminister erklärte, dass „China alle Bemühungen der nicaraguanischen Regierung zur Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität nachdrücklich unterstützt“.

Die Worte von Lawrow und Zhaohui bezeugen, dass die 16 Jahre währende Regierung unter Führung von Präsident Comandante Daniel Ortega und Vizepräsidentin Rosario Murillo international eine Vorstellung von Nicaragua als verlässlichem Land vermittelt. Die Beziehungen mit Managua können durchaus als nachhaltig bezeichnet werden. Ohne diese Anerkennung gäbe es keine Anstrengung und keinen Willen seitens der Länder, sich ohne zu zögern in allen Foren für Managua einzusetzen.

Nicaragua erweist sich als geografisch kleines, aber politisch großes Land. Es weicht nicht bei jeder politischen Konfrontation vom Kurs ab, es gibt keinem Druck nach, es jagt keinen Gefallen nach, es kniet vor niemandem nieder. Nicaragua heißt Sandinismus, nicht mehr und nicht weniger.

Inhalt:

Nicaragua: Die FSLN feiert und verteidigt die Revolution	1
44. Jahrestag des Taktischen Rückzugs	5
Irans Präsident Raisi in Nicaragua	6
Das Projekt „Puerto Gaspar García Laviana“	8
AFGJ fordert Gerechtigkeit für Nicaragua	9
Nicaragua auf der internationalen Bühne	12

Redaktionsschluss: 28. Juni 2023

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de